

11.22

**Abgeordneter Bernhard Themessl** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Herr Staatssekretäre! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke eingangs für die Antwort des Herrn Staatssekretärs auf meine letzte Frage und stelle fest, dass die Regierung nicht bereit ist, die vielen tausend Menschen, die bereit sind, Leistungen zu erbringen, und die auf ihr Auto angewiesen sind, auch durch eine Preisregelung beim Benzinpreis zu entlasten. Ich nehme das zur Kenntnis. Sie werden das dann halt rechtfertigen müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich beziehe mich jetzt auf den Tagesordnungspunkt 6, und da geht es darum, dass die FMA über ihre Anweisung Fremdwährungskredite verbietet. Ich zeige jetzt an ein paar Beispielen auf, wie – ich darf das Wort nicht sagen – unwahr diese Debatte heute ist und wahrscheinlich auch die gestrige war.

Fremdwährungskredite sind im Prinzip nichts Böses. Der Euro war bis jetzt eine sehr sichere und stabile Währung, und eigentlich müsste man jedem Konsumenten und Bürger raten, einen Fremdwährungskredit aufzunehmen, weil er unvorstellbare Vorteile aufgrund der Verzinsung hat. Ich werde Ihnen dann ein Beispiel nennen, das einen aktuellen Fall betrifft.

Jetzt schreiben Sie vor, dass die FMA Fremdwährungskredite zu verbieten hat – aber nicht für alle! Die Reichen und Großen dürfen weiterhin solche Kredite aufnehmen, nur der Normalbürger und der Klein- und Mittelbetrieb haben keinen Zugriff mehr auf Fremdwährungskredite. Das, was Sie hier in versteckter Form machen, ist nichts anderes als ein zusätzliches Bankenpaket. *(Abg. Mag. Ikrath: Das gilt ja für Private!)* Sie geben den Banken die Möglichkeit, auf ihre Kunden einzuwirken, sie unter sanftem Zwang dazu zu bringen, aus bestehenden Fremdwährungskrediten auszusteigen, in eine Euro-Finanzierung zu wechseln, was den Banken unter dem Strich in Summe zirka 1,6 Milliarden € an Mehreinnahmen beziehungsweise an Zinsen bringt.

Was die Banken und was auch Sie nicht dazusagen, ist, dass beim Fremdwährungskredit zwar auf der einen Seite ein Währungsrisiko vorhanden ist – das ist ja keine Frage! –, dass aber auf der anderen Seite der Zinsvorteil dermaßen gravierend ist, dass das von den Banken den Kunden nicht mitgeteilt wird.

Ich schildere Ihnen jetzt einen aktuellen Fall: Vor fünf Jahren wurde ein Bankkredit in der Höhe von 800.000 Schweizer Franken aufgenommen mit einer Verzinsung von knapp über 1 Prozent. Und nun hat die Bank unter Ausübung von sanftem Druck darauf hingewiesen, jetzt zum Euro zu wechseln, denn zurzeit hätte man nur einen

Verlust von 15.000 € zu tragen, aber wenn man erst in drei oder vier Monaten wechseln würde und der Franken weiterhin so stabil bliebe und der Euro, in den Sie so großes Vertrauen haben, weiter fiel, dann würde wahrscheinlich der Verlust wesentlich höher sein.

Die Bank redet also von 15.000 € Verlust, der zu tragen wäre, wenn man jetzt zum Euro wechseln würde, und weist darauf hin, dass man aber später wesentlich mehr draufzahlen würde. Was die Bank aber nicht dazusagt, ist, dass man in den fünf Jahren Laufzeit in Summe bis dato einen Zinsvorteil von 47.000 € angehäuft hat. Das heißt, der Franken kann ohne Weiteres noch weiter steigen oder der Euro weiterhin fallen, wie auch immer, der Kunde hat dann immer noch die Möglichkeit, ein- oder eineinhalb Jahre zu überlegen, ob er einen Umstieg machen soll oder nicht.

Ich meine, wenn Sie hier schon solche Gesetzesvorschläge einbringen und die Leute zwingen, auf etwas umzusteigen, das sie vielleicht gar nicht wollen, dann sollten Sie schon die ganze Wahrheit dazusagen.

Und jetzt komme ich auf die gestrige Debatte zu sprechen, und da zitiere ich zunächst einmal die Frau Kollegin Tamandl. Sie hat gestern hier ausdrücklich vor Fremdwährungskrediten gewarnt. Also wenn Sie schon vor Fremdwährungskrediten warnen, dann geben Sie doch gleichzeitig zu – und das haben Sie gestern nicht getan –, dass Sie absolut kein Vertrauen in den Euro haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das heißt, damit geben Sie indirekt zu, dass das ganze Hilfspaket von 750 Milliarden €, das die EU beschlossen hat und an dem sich Österreich mit 15 Milliarden € Haftung plus 6 Milliarden € Sofortzahlung beteiligt und von dem die griechische Bevölkerung keinen Cent sehen wird, nichts nützen wird, weil der Euro weiter fallen wird, denn sonst müssten Sie der Ehrlichkeit und der Fairness halber sagen, der Euro ist so stark, die Europäische Union ist so stark, das österreichische Parlament ist so stark, man muss absolut keine Angst haben, in Fremdwährungskredite auszuweichen, wenn man dort einen Zinsvorteil hat, der sich „gewaschen“ hat.

Wenn Sie schon eine Debatte in dieser Richtung führen, dann sagen Sie bitte die ganze Wahrheit und nicht nur die Hälfte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

11.26